

# Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 18867 Frankfurt



Anzeigen kosten die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Donnerstag, den 18. Dezember 1930

34. Jahrgang

Nummer 149

## Die polnische Säbelherrschaft

Im polnischen Sejm kam eine national-demokratische Interpellation zur Beratung, in der gefordert wird, daß diejenigen, die die gestrichelten Abgeordneten geschlagen hätten, aus dem Amt ausgeschieden werden müßten. Der Redner des Regierungskabinetts, Oberst Roc, erklärte, daß in Bresch wohl alles in Ordnung gewesen sei, da sich die dort Eingekerkerten nicht beschwert hätten. Die Dringlichkeit des Antrags wurde dann, wie erwartet, von den Stimmen des Regierungskabinetts gegen die Opposition abgelehnt.

### Schicksale polnischer politischer Gefangener.

In dieser Anfrage wird die fürchterliche Behandlung der im Bresch-Gefängnis von Bresch-Litowitz eingekerkerten oppositionellen Politiker geschildert. Die Interpellation betont, daß die oppositionellen Führer, die ohne Gerichtsbescheid auf Verfügung des Innenministers General Madlowski verhaftet worden sind, in unheimlichem Maße in unbekannter Richtung verschleppt wurden. Auf der Fahrt wurden sie beschimpft und bedroht. Der sozialistische Führer Dr. Liebermann wurde auf dem Wege nach Bresch-Litowitz so lange geschlagen, bis er das Bewußtsein verlor.

Erst später blieb das Auto in einem Wald stehen, und Liebermann wurde mit Kolbenstößen in den Wald getrieben. Im Wald schlug ihn ein Polizeikommissar zweimal ins Gesicht, so daß er zu Boden stürzte. Liebermann wurde dann entkleidet und mehrmals derart geschlagen, daß er über 20 blutige Wunden davontrug. Gleichzeitig rief man ihm zu: „Du hast es gewagt, deine Stimme gegen den Herrn Marschall zu erheben!“

### Im Festungsgefängnis.

Im Gefängnis wurden die Gefangenen von wachhabenden Offizieren und Gendarmen mit den gemeinsten Schimpfwörtern beleidigt. Man hielt sie zu den schwersten Arbeiten an. Liebermann, Professor Prager und der ehemalige Ministerpräsident Witos mußten mit Lappen oder mit einem kurzen kleinen Beisen, alle mit bloßen Händen, Aborte reinigen und Fußböden scheuern. Dr. Liebermann erlitt bei dieser Arbeit einen Herzanfall. Wenn die Abgeordneten die Gefängnisordnung irgendwo verletzten, sperrte man sie in finstere Zellen ein, in denen nicht einmal Nadeln für die natürlichen Bedürfnisse standen. Das Verbot bestand aus einer Bettstelle ohne Strohmatt mit voneinander abgehängten Holzleisten. Als Nahrung erhielten die Gefangenen nur etwas Brot und warmes Salzwasser.

### Ein Sejm-Abgeordneter im Dunkel-Arrest.

Der Abgeordnete Popiel wurde eines Nachts auf Befehl des Hauptmanns in einen dunklen Raum gesperrt. Als er die Schwelle übertrat, wurde er von zwei Gendarmen auf einen Tisch geworfen. Dann legte man ihm ein nasses Tuch auf den Rücken und verprügelte ihn mit eisernen Stäben 30 Hiebe. Popiel verlor dabei die Besinnung.

Nach der Mißhandlung sperrte man Popiel einige Tage in den Keller ein. Ebenso wie Popiel wurden auch noch Korsanyi und der Bauernabgeordnete Baginski verprügelt. Andere Abgeordnete wurden barbarisch ins Gesicht geschlagen, wie beispielsweise der Ukrainer Kojut. Während des Prügelns wurde stets der Rotor des Wasserwerks in Bewegung gesetzt, um durch sein Geräusch die Schreie der mißhandelten Opfer zu übertönen.

### Drangsale deutscher Missionare in China.

Hongkong, 18. Dez. Die der Baseler Mission angehörenden deutschen Missionare Fische und Walter, die aus der Gefangenschaft befreit wurden, sind in stark erschöpftem Zustande angekommen. Sie sind halb verhungert und leiden an Malaria. Sie waren monatelang gezwungen, barfuß und schlecht gekleidet in jedem Wetter von Ort zu Ort zu gehen, wobei sie im Fall eines Fluchtversuches wiederholt mit Erschießen bedroht wurden. Die Gefangenen wurden bei Nacht mit dem Hals und den Füßen zusammengekettert. Sie übernachteten in Höhlen oder im Freien, stets bewacht von drei bewaffneten Wächtern. Die Flucht wurde durch einen Mittelsmann bewirkt, der die Wachen beschloß.

## Spanische Fremdenlegionäre nach Madrid.

### Anzufriedenheit bei den spanischen Truppen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß ein Bataillon spanischer Fremdenlegionäre und eine Abteilung marokkanischer Zivilisten in Algeciras gelandet und nach Madrid befördert worden sind, um dort die Ordnung zu schärfen. Weitere Abteilungen werden erwartet. Die regulären Regimenter sollen über die Ankunft der marokkanischen Truppen, die doppelten Sold erhalten, zufrieden sein. In Algeciras ist das Standrecht verhängt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Lage in Barcelona ist nach einer Habasmeldung verhältnismäßig ruhig. Truppen haben die wichtigsten Punkte der Bannmeile besetzt.

Die Militärbehörden haben die Geschäftsräume der katalanischen national-republikanischen Partei Accio Catalana schließen lassen. Ein Generalsekretär, der zum Streik aufgerufen hatte, ist verhaftet worden. Die Telefonverbindungen sind unterbrochen.

## Ende der Saar-Besatzung



Unser Bild zeigt: Die belgische Fahne wird als erste niedergeholt.



Abzug der letzten fremden Soldaten von der Saar.

Der Rest des sogenannten Bahnschuhes, 250 Franzosen und einige Belgier, hat jetzt das Saargebiet verlassen, nachdem vorher die belgische und die französische Fahne in Anwesenheit von Vertretern der Regierungskommission und der französischen Kolonie niedergeholt worden waren. Unser Bild zeigt: Die abziehenden Truppen defilieren vor ihren Vorgelegten und den Vertretern der Regierungskommission.

Truppen mit dem übrigen Spanien sind seit 24 Stunden unterbrochen.

### Meuterei in der spanischen Marine?

„New York Herald“ meldet aus Gibraltar, daß in der spanischen Marine eine Meuterei ausgebrochen sein soll. Man behauptet, daß die Marine die revolutionäre Bewegung unterstützen würde. Private aus Madrid erhaltene Nachrichten bekräftigen diese Gerüchte nicht. Es werde festgestellt, daß mehrere Flotteneinheiten in Cadix und Valencia zu den Revolutionären übergegangen seien.

### Kriegsrecht und Generalstreik.

Havas berichtet aus Madrid: In Barcelona wurde für fünf verdächtige Regimenter das Kriegsrecht proklamiert. Barcelona steht unter dem Kommando von fünf Generalen, die der Regierung ergeben sind. Die Regierung hat eine Mitteilung über die Lage veröffentlicht. Danach ist der Generalstreik allgemein in folgenden Provinzen: LaCoruna, Huelva, Jaen, Logrono, Navarra, Santander, Biscaya und Saragossa. Teilweise herrschen in Corboba, Granada, Lerida und Sevilla. Die übrigen Provinzen sollen vom Streik verschont sein.

In manchen Gegenden ist es zu Zwischenfällen gekommen. In Colloja, Segura (Alicante) und in Gijón (Alicante) versuchten Manifestanten, den Straßenverkehr zum Stillstand zu bringen. Zwischen ihnen und der Polizei gab es Zusammenstöße. In Gijón ist eine Gedenktafel mit dem Namen Primo de Rivera von einem Jesuitenloster herabgerissen worden. Die Täter haben die Fenster des Klosters mit Steinen eingeworfen. Die Polizei trieb sie auseinander. Einer der Angreifer wurde getötet. Die Note erklärt zum Schluß, daß der Regierung aus zahlreichen Gegenden und von vielen Verbänden Zuschriften zugegangen seien, in denen ihr deren Ergebenheit versichert wird. Die Lage beginnt, so heißt es weiter, wieder normal zu werden.

## Ein neuer Kulturkampf

Lassen wir uns nicht täuschen und betäuben wir unser Gewissen nicht: wir stehen seit Jahren in einem neuen Kulturkampf, der sich gegen unsere heiligsten kulturellen Güter richtet. Man will uns die Seelen unserer Kinder nehmen, man verleugnet Gott und spottet unserem Glauben, man entweicht unsere christlichen Sonn- und Feiertage und erschüttert Familie, schlafert unser nationales Gewissen ein. Und wir, die es angeht, stehen tatenlos und verschließen die Augen. Unsere Parteien, die ihrer kulturellen und christlichen Einstellung nach am ehesten berufen sind, sich mit der ganzen Kraft ihres parlamentarischen Einflusses der Verhandlung unserer deutschen und christlichen Kultur entgegen zu stellen, haben leider zu lange gezögert, sich zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, um, losgelöst von der erdrückenden Last wirtschaftlicher und politischer Sorgen unserer Zeit, den Kampf gemeinsam aufzunehmen.

Erst jetzt regt sich überall das kulturelle Gewissen. Man erkennt, daß nicht nur Gefahren hemmen von jener Seite, die der Kampf gegen Religion und Kirche, gegen den christlichen Staat und die christliche Familie offen verkündet. Die Gefahren, die sich unter falschem Namensschild in Großstadt- und Zeitschriftenpresse, in Literatur, Theater und Vortragsaal verborgen halten, sind größer, weil sie vielfach nicht erkannt werden. Zersetzung ist hier die Parole, Lockerung der Begriffe von gut und böse, von Sünde und Moral. Zu lange haben wir die Dinge treiben lassen. Jetzt endlich wird man wach.

Eine ganze Reihe von Kulturanklagen ist in der letzten Zeit dem Reichstag von den positiv-christlichen Parteien zugegangen. Er wird sich im Laufe der Etatsberatungen mit ihnen beschäftigen müssen. Es ist so oft geklagt worden, daß die Kulturpolitik im Reich so stark hinter den wirtschaftlichen Fragen zurückbleibt und daß die verheißungsvollen Ansätze zu einer einheitlicheren und geschlosseneren Kulturpolitik im Reich, die in der Weimarer Verfassung gegeben sind, sich nur wenig in der politischen Arbeit des Reichstages auswirken haben. Auf kulturellem Gebiet muß aber endlich etwas geschehen. Wir dürfen es nicht länger dulden, nicht als Volk, nicht als Staat und nicht als Regierung, daß die kommunistische Jugendinternationale die radikale Bekämpfung von Kirche und Religion nicht nur proklamiert, sondern offen und herausfordernd betreibt. Wohin sollen wir kommen, wenn wir „Kinderrepubliken“ dulden, wie in Heberlingen am Bodensee, die die Jugend mit dem Rade auf die Straße schießt: „Wir brauchen keinen Gott, Gott ist uns nur ein Spott!“ Muß man nicht mißtrauisch werden, wenn immer neue Zeitungsnachrichten von einer beachtlichsten Verlegung der in Moskau befindlichen Zentrale des „Bundes der Gottlosen“ nach Berlin berichten. Soll hier der organische Mittelpunkt für die verschiedenen atheistischen Klubs geschaffen werden, die heute zum Teil ohne innere Verbindung nebeneinander arbeiten?

Mit der Verächtlichmachung aller christlichen Werte geht vielfach Hand in Hand eine Herabsetzung der christlichen Sonn- und Feiertage. Wenn auch heute der christliche Staat als solcher nicht mehr besteht, so ruht doch unser ganzes Volks- und Staatsleben auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung. Mit Recht hat daher die Weimarer Verfassung in Artikel 139 den Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich zu schützen. Es ist in aller Erinnerung, daß vor Jahren die braunschweigische Regierung den Ruh- und Feiertag abschaffte und seine Wiedereinführung auf Grund des Artikels 139 der Reichsverfassung durch das Reichsministerium des Innern erzwungen werden mußte. Es mehrten sich aber die Beispiele, daß die Sonntage und die christlichen Feiertage mißbraucht werden.

Sowohl gegen die Absicht der Verlegung der Zentrale „Bund der Gottlosen“ nach Berlin wie gegen die Herabsetzung der christlichen Sonn- und Feiertage liegen dem Reichstag von Zentrums-, volksparteilicher und christlich-sozialer Seite entsprechende Anträge vor. Ein weiterer beschäftigt sich mit dem befremdlichen Erlaß des preussischen Kultusministers, der die Werbearbeit für den Verein für das Deutschtum im Ausland in den Schulen einengt, wenn nicht überhaupt völlig hemmt. Bekanntlich hat der Verein für das Deutschtum im Ausland in der Richtung der Förderung des Auslandsdeutschtums eine außerordentlich wichtige vorbildliche Arbeit geleistet und ist in der Zusammenfassung der völkischen Gedanken zu einem Volksverein geworden. Die notwendigen Mittel erreicht er z. T. durch Sammlungen an Schulen. Die B.D.A.-Arbeit ist etwas, was in unserer Zeit geeignet ist, die Begeisterung der Jugend, die Liebe zum Deutschtum zu pflegen und zu erhalten. Durch einen Erlaß des preussischen Kultusministers haben sich in dieser Arbeit mannigfache Schwierigkeiten ergeben. Der Erlaß ist vielfach als ein behördliches Abdrücken von der B.D.A.-Arbeit gedeutet worden, obwohl nach neuerer Erklärung des Ministeriums dies nicht der Fall sein soll. Hier muß Klarheit geschaffen werden.

Bei den Vorbürungen des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“, der durch die Filmprüfstelle zugelassen, dann auf Gutachten des Reichswehrministeriums





